

**Jahreskonferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
vom 20.- 22. Oktober 2021 in Königswinter**

Beschluss

Lehren aus der Pandemie – Impulse für einen krisenresilienteren Staat

Den pandemiebedingten Digitalisierungsschub nutzen

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Pandemie hat die Bedeutung der Digitalisierung in vielen Bereichen unterstrichen und die digitalen Transformationsprozesse erheblich beschleunigt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Schule und Bildung. Gleichzeitig haben die mit Distanzunterricht und digitaler Lehre einhergehenden Herausforderungen die besondere Relevanz von guten Bildungs-, Betreuungs- und Sozialangeboten erkennen lassen. Neben verstärkten Bemühungen zum weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur insgesamt gilt es auch weiterhin, einkommensschwachen Haushalte mit Kindern den **Zugang** zu digitalen Endgeräten zu ermöglichen. Dieses Ziel ist nach der Überzeugung der Regierungschefinnen und -chefs der Länder flächendeckend am besten über die Schulen zu erreichen. Sie treten daher dafür ein, dass alle Schulen schnellstmöglich ein gleichermaßen hohes Niveau im Bereich der Digitalisierung erreichen. Über die Bereitstellung der technischen Ausstattung hinaus ist auch eine enge Unterstützung und Begleitung der Schulen bei der praktischen Umsetzung der Digitalisierung im Schulbetrieb notwendig. In erster Linie bleiben jedoch individueller Austausch und soziale Kontakte für Lernverhalten, Motivation und Persönlichkeitsentwicklung wichtig.
2. Der erfolgte Digitalisierungsschub und die zunehmende Nutzung digitaler Instrumente auch in der Infektionseindämmung setzen einen niedrighwelligen Zugang für alle, d. h. auch für digitalferne Bevölkerungsgruppen, zwingend

voraus. Die Erfahrungen der Pandemie haben gezeigt, dass Belastungen aufgrund von Schutzmaßnahmen dort am besten abgefedert werden konnten, wo ein hohes Maß an **Digitalkompetenz** vorhanden ist. Der verstärkte Einsatz digitaler Instrumente stellt gerade in Krisensituationen wachsende Anforderungen an die Nutzenden, was oft für ältere, aber auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten eine Hürde darstellt. Die generationenübergreifende Förderung grundlegender Kenntnisse und Fähigkeiten sowohl in der Schulausbildung und darüber hinaus im Sinne des lebenslangen Lernens sollte daher intensiviert werden.

Neben der Förderung von rein technischen Fertigkeiten soll die Befähigung zu digital mündigem und verantwortlichem Handeln im Fokus stehen. Auch die kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit Inhalten und Quellen spielt hierbei eine wichtige Rolle. Daher unterstützen die Länder das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich und bitten den Bund, eine entsprechende Prüfung seiner Handlungsmöglichkeiten, z. B. im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres, vorzunehmen.

3. Die Pandemie hat verdeutlicht, dass der Bedarf besteht, sehr zügig **länderübergreifend einsetzbare, barrierefreie, einheitliche oder kompatible und mit den erforderlichen Schnittstellen ausgestattete digitale Lösungen** für bestimmte Lebensbereiche anzubieten. Die Regierungschefinnen und -chefs beauftragen den IT-Planungsrat, bis März 2022 Vorschläge zu unterbreiten, wie insb. die Rolle der FITKO für die Steuerung solcher Prozesse noch weiter gestärkt werden kann.
4. Sowohl im Kampf gegen die Corona-Pandemie als auch im Hinblick auf frühzeitige Warnmöglichkeiten vor Naturkatastrophen hat sich gezeigt, dass digitale Lösungen zur Krisenbewältigung und **Datenschutzaspekte** in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen sind. So sollte bei der Entwicklung digitaler Instrumente nicht von vorneherein aus Sorge um den Datenschutz auf die Einbindung wichtiger Funktionalitäten verzichtet werden, wenn diese beispielsweise durch eine (qualifizierte) Einwilligung der Nutzenden datenschutzrechtlich abgesichert und optional genutzt werden könnten.